



# GDF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER  
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, Sie an dieser Stelle als neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen begrüßen zu dürfen. Gerne werden wir Sie weiterhin mit unserem Newsletter über unsere Arbeit im Bundestag informieren.

Den neuen Vorstand der Gruppe der Frauen stellen wir Ihnen auf Seite 9 „in eigener Sache“ kurz vor.

In unserer zweiten Ausgabe in dieser Wahlperiode haben wir Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Beantwortung unserer Rubrik „3 Fragen an...“ gewinnen können. Lesen Sie ihre Antworten auf Seite 2.

Lesen Sie die Beiträge von Mitgliedern der Gruppe der Frauen über Debatten im Bundestag zu Kindesmissbrauch von Katharina Landgraf (Seite 5), zum Jahreswirtschaftsbericht von Nadine Müller (Seite 6) und zur Verkehrspolitik von Daniela Raab (Seite 7). Elisabeth Winkelmeier-Becker berichtet über die Bundesratsinitiative zum Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung (Seite 8).

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihre

*Rita Pawelski*

## Rita Pawelski neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen

Die Bundestagsabgeordnete Rita Pawelski MdB (Niedersachsen) ist neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie folgt in dieser Funktion Ingrid Fischbach MdB, die zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Rita Pawelski kündigte an, weiter im Sinne der Netzwerkbildung nach innen und außen zu wirken. Thematisch sehe sie sich dem frauenpolitischen Querschnittsansatz der Gruppe der Frauen verpflichtet.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe der Frauen wurden gewählt: Katharina Landgraf (Sachsen), Nadine Müller (Saarland), Daniela Raab (Bayern) und Elisabeth Winkelmeier-Becker (Nordrhein-Westfalen).

Die Parlamentarierinnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich bereits 1980 zu einer soziologischen Gruppe zusammenschlossen, um geleitet von dem Grundsatz "Gemeinsam sind wir stärker" ihre Kräfte und Kompetenzen sinnvoll zu bündeln. Die Gruppe der Frauen umfasst in dieser Legislaturperiode 48 Mitglieder.



Dr. Angela Merkel

## **3 Fragen an...**

### **Dr. Angela Merkel**

**Bundeskanzlerin  
der Bundesrepublik Deutschland und  
Vorsitzende der CDU Deutschlands**

### **1. Was ist für Sie moderne Frauenpolitik?**

Frauen und Männer haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Phasen des Lebensverlaufs. Moderne Frauenpolitik bedeutet daher für mich, bestehende Benachteiligungen in der Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft zu beseitigen. Dazu gehört, dass Frauen und Männer den gleichen Lohn für gleiche die Arbeit erhalten. Frauen sind nach wie vor in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert. Das muss sich ändern. Der Bundesregierung kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu.

Natürlich endet Frauenpolitik nicht an Landesgrenzen. Als Bundesregierung setzen wir uns auch weltweit für die Stärkung der Rechte von Frauen konsequent ein. Das ist ein selbstverständlicher und wichtiger Teil unserer Menschenrechtspolitik.

### **2. Was ist für Sie moderne Familienpolitik?**

Wahlfreiheit ist das Schlüsselwort moderner Familienpolitik. Junge Frauen und Männer müssen eine echte Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen haben. Heute wünschen sich auch junge Männer neben dem Beruf mehr Zeit für die Familie. Unsere Politik schafft Rahmenbedingungen, die allen Lebensentwürfen mehr Raum bieten. Dafür stärken wir Familien finanziell, z.B. mit Kinder- und Elterngeld. Wir treten für eine familienfreundlichere Arbeitswelt ein und treiben gemeinsam mit den Ländern und Kommunen den Ausbau der Kindertagesbetreuung voran.

Für das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu sorgen, ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die auch von immenser Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass nicht alle jungen Menschen die gleichen Chancen auf einen Lebenslauf haben, der ihren jeweiligen Fähigkeiten entspricht. Deshalb müssen Familien in schwierigen Lebenslagen leicht zugängliche Unterstützung erfahren können. Dafür wollen wir alle Hilfesysteme besser miteinander vernetzen.

### **3. Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?**

Alle ihre Mitglieder sind wichtige Vorbilder für Mädchen und junge Frauen, die sich für Politik interessieren. Ermutigen Sie diese jungen Menschen, sich auch selbst politisch zu engagieren und sich für das Gemeinwohl einzusetzen! Denn wir brauchen dringend mehr Frauen in politischen Mandaten auf allen politischen Ebenen.

Natürlich wünsche ich mir auch, dass die Frauen in der CDU/CSU-Fraktion in möglichst vielen Politikbereichen präsent sind. Denn ich weiß: Auf ihre Kompetenz und Durchsetzungskraft ist Verlass.

## Pawelski: Starke Väter für starke Familien

Anlässlich des Urteils des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofes zum Sorgerecht von unverheirateten Vätern sowie der neusten Zahlen zum Elterngeldbezug erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rita Pawelski MdB:

Das richtungsweisende Urteil aus Straßburg zum Sorgerecht von unverheirateten Vätern und die neusten Daten zum Elterngeldbezug von Vätern, haben eines gemeinsam: Sie zeigen, das wir dabei sind, uns aus veralteten Rollenklischees zu verabschieden! Väter wollen ihre Verantwortung gegenüber ihren Familien und Kindern nicht mehr nur dadurch übernehmen, dass sie die monatliche Überweisung tätigen.

Das ist richtig und wichtig, denn die Gleichberechtigung lässt sich nicht einseitig herstellen. Es reicht nicht, nur bei den Frauen anzusetzen und gleiche Rechte zu fordern. Wichtig ist vielmehr, dass Männer auch die gleichen Pflichten übernehmen, damit nicht die Frauen einseitig belastet werden. Es ist an der Zeit, dass wir dem Blick nicht nur auf Frauen fokussieren, wenn wir von Vereinbarkeit von Beruf und Familie sprechen. Auch Väter können und wollen flexible Arbeitszeit-Konzepte, Telearbeit, Kinderbetreuung und Elternzeit in Anspruch nehmen.

Erfreulich ist, dass immer mehr Väter die Möglichkeit nutzen, eine berufliche Auszeit zu nehmen, um sich ihren Kindern widmen zu können. Während vor der Einführung des Elterngeldes nur 3,5 Prozent der Väter Elternzeit genommen haben, waren es im dritten Quartal 2009 20,7 Prozent. Dies zeigt deutlich, dass mit dem Elterngeld auch Väter die Chance bekommen haben, sich mehr in die Familienarbeit einzubringen.

## Pawelski: Unterstützung für Mütter – auch nach 60 Jahren aktuell

Anlässlich des 60jährigen Bestehens des Müttergenesungswerks am 31. Januar erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rita Pawelski MdB (*gekürzte Version*):

Mutter sein – sicher das schönste „Amt“ für eine Frau. Aber Mutter sein bedeutet auch, sehr viel Kraft aufbringen zu müssen, Stress, manchmal auch Überforderung. Das „Burn-Out-Syndrom“ ist nicht nur eine Managerkrankheit – viele Mütter fühlen sich ausgebrannt, leer. Um diese Mütter zu unterstützen, wurde vor 60 Jahren das Müttergenesungswerk gegründet. Es steht den Müttern – neuerdings auch Vätern – beratend und helfend zur Seite. In Erholungswochen können sie Kraft auftanken, durchatmen und lernen, mögliche Probleme besser zu bewältigen. Die wertvolle Arbeit des Müttergenesungswerks ist heute wichtiger denn je. Darum danken wir für die Arbeit und gratulieren zum Geburtstag!

Die CDU/CSU-Fraktion macht sich stark für eine Politik, die Mütter und Väter unterstützt. Unsere bisherigen Erfolge werden wir in dieser Legislaturperiode weiter entwickeln: So wollen wir zum Beispiel die Partnermonate beim Elterngeld ausbauen und den Kinderzuschlag erweitern.

Laut einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat Deutschland innerhalb von fünf Jahren seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land, mit Ausnahme von Finnland. Im internationalen Vergleich belegen wir bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. (...)

## Ein starkes Zeichen für Familien!

Von Prof. Dr. Maria Böhmer, MdB

Seit dem 1. Januar 2010 erhalten Familien mehr Kindergeld und einen höheren Kinderfreibetrag. Damit kommen wir unserem Ziel einer familiengerechten Besteuerung, ein großes Stück näher. Eine weitere wesentliche Entlastung seit dem 1.1.2010, ist die Abzugsfähigkeit der Kranken- und Pflegeversicherung bei allen Steuerpflichtigen. Das bedeutet die komplette Abziehbarkeit der Beiträge der Gesetzlichen Krankenversicherung - bis auf die Zusatzleistungen - und der Gesetzlichen Pflegeversicherung. Dies gilt im gleichen Umfang auch für die Beiträge der Privaten Kranken- und Pflegeversicherung.



**Maria Böhmer**  
Bundesvorsitzende  
der Frauen Union

Eltern haben also seit dem 1.1.2010 spürbar mehr Geld auf dem Konto. Dank der Erhöhung des Kindergeldes und der verbesserten steuerlichen Abzugsfähigkeit, sind Familien vom ersten Monat im neuen Jahr an, finanziell deutlich entlastet. Die Unterstützung von Familien ist eine wichtige Maßnahme für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels müssen wir die soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Familien stärken. Sie sind Leistungsträger für die Gesellschaft. Der familienpolitische Kompass der Union weist die richtige Richtung.

## Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung muss bleiben!

Der Vorstoß des Städte- und Gemeindebundes für eine Einschränkung des Rechtsanspruchs auf eine Betreuung von Kleinkindern ab 2013, ist nicht akzeptabel. Das Ziel des Ausbaus der Kleinkinderbetreuung in Krippen oder von Tagesmüttern darf nicht torpediert werden. Kommunen, die Schwierigkeiten beim Ausbau der Kinderbetreuung beklagen, haben einfach zu lange ihre Augen vor den Bedürfnissen junger Familien verschlossen.

Der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen für Kleinkinder wächst seit einigen Jahren kontinuierlich. Diese Entwicklung kann für die Kommunen nicht neu sein. Mit dem Kinderförderungsgesetz leistet die unionsgeführte Bundesregierung finanzielle Hilfe für den Ausbau der Kinderbetreuung. Nun sind die Kommunen am Zuge.

Die derzeitige Diskussion weist große Parallelen zur Debatte über den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab drei Jahren auf. Nur dank der Androhung und Umsetzung dieses Rechtsanspruchs im Jahre 1996 haben die Kommunen ihr Angebot ausgebaut.

Bis zum Jahr 2013 soll es bundesweit im Durchschnitt für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz geben - rund ein Drittel der neuen Plätze werden in der Kindertagespflege geschaffen. Im gleichen Jahr soll jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege haben.

Das Angebot einer ausreichenden Zahl von Kinderbetreuungsplätzen, ist für die Kommunen ein Standortvorteil. In Zeiten wachsender Mobilität ist die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ein entscheidender Standortfaktor für junge Familien und Unternehmen.

## Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlungen schützen

Von Katharina Landgraf, MdB



Katharina Landgraf

Am 28.01.2010 debattierte der Bundestag über die Möglichkeiten, Kinder besser vor Misshandlungen zu schützen. Die SPD hatte den neuen Entwurf eines Kinderschutzgesetzes nicht abgewartet, sondern einen Antrag dazu eingebracht. Dabei wollen wir alle mehr Schutz für die Kinder, mehr Schutz vor Misshandlungen und Vernachlässigung. Dieses Ziel hätten wir im vorigen Jahr schon fast erreicht! In diversen Details bestätigt nun die SPD in ihrem Antrag unseren alten Gesetzentwurf für einen wirksameren Kinderschutz. Zum Beispiel sollen die Regelungen des § 86c SGB VIII überarbeitet werden, um das sog. „Jugendamt-Hopping“ zu vermeiden. Dies wird auch in einem neuen Kinderschutzgesetz enthalten sein.

Die Forderung nach Kinderrechten im Grundgesetz ist nur eine symbolträchtige Verankerung der Rechte, die den Kindern ohnehin schon nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zustehen. Was wirklich hilft sind klare bundesgesetzliche Regelungen, wie wir sie mit einem Kinderschutzgesetz schaffen werden, und starke, geförderte, mündige Eltern.

Das neue Kinderschutzgesetz wird aus zwei Säulen bestehen: Prävention und Intervention. Im Bereich der Prävention ist in Zukunft für alle Personen, die sich mit Kindern und Jugendlichen beschäftigen, die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses erforderlich. Dieses listet, anders als das einfache Führungszeugnis, auch einschlägige Straftaten im Bagatellbereich auf. Außerdem werden wir die Rechtsgrundlagen für Hebammen und Familienhebammen verbessern. Damit schaffen wir niedrigschwellige und frühe Hilfen für Familien. Dazu gehört dann natürlich auch der Hausbesuch, bei dem vor allem das Kind selbst, und auch seine persönliche Umgebung, in Augenschein genommen wird. Damit kann gerade für Babies und Kleinkinder der Schutz verbessert werden.

Im Bereich der Intervention muss vor allem Rechtssicherheit für Ärzte und für andere Berufsgeheimnisträger, hinsichtlich der Weitergabe von Informationen, geschaffen werden. Die Lösung ist eine bundeseinheitliche Norm, die zur Informationsweitergabe für Berufsgeheimnisträger berechtigt. Eine solche ist für eine wirksame Vernetzung unerlässlich. Vor einigen Jahren wurde in Duisburg die Datenbank RISKID (Risiko-Kinder-Informationsdatei) gegründet. Das ist ein Portal, auf das nur Ärzte zugreifen können, um Informationen über Verdachtsfälle von Kindesmisshandlung auszutauschen. So kann man das Doktor-Hopping stoppen und Leben retten! Allerdings ist RISKID mit derzeit geltendem Recht nicht vereinbar. Das müssen wir meiner Meinung nach unbedingt ändern!

Am 27.01.2010 fand im Familienministerium ein breit angelegtes Fachgespräch mit gut 50 Kinderschutz-Experten aus Ländern, Kommunen und von Fachorganisationen, zum Kinderschutzgesetz statt. Unser Konzept fand dabei breite Unterstützung. Wir werden jetzt dafür sorgen, dass es bis zum Abschluss dieses längst überfälligen Gesetzes keine weiteren Verzögerungen mehr gibt.

## Gleichstellungs- und Familienpolitik gehört in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates

Von Nadine Müller, MdB

Am Donnerstag, dem 28. Januar 2010, fand im Deutschen Bundestag die Aussprache zur Unterrichtung durch die Bundesregierung zum Jahreswirtschaftsbericht 2010 und zum Jahresgutachten 2009/2010 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung statt. Beide Berichte verdeutlichen nachdrücklich, dass sich Deutschland in einer Phase der konjunkturellen Erholung befindet. Allerdings ist dieser Aufschwung noch fragil und muss stabilisiert werden.



Nadine Müller

Vor diesem Hintergrund werden im Jahreswirtschaftsbericht drei maßgebliche Herausforderungen angesprochen. Erstens muss die wirtschaftliche Lage kurzfristig stabilisiert werden. Zweitens müssen wir die öffentlichen Haushalte langfristig konsolidieren. Dieser zweite Punkt muss uns ganz besonders am Herzen liegen, da wir auch eine große Verantwortung für kommende Generation tragen. Die Schuldenbremse gibt uns da einen schwierigen, aber konsequenten sowie konkreten Weg vor. Drittens wurde als eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte der erhöhte Fachkräftebedarf angesprochen. Unsere Antwort darauf ist eine ganz klare Schwerpunktsetzung auf Investitionen in Bildung und Forschung. 12 Milliarden Euro werden wir deshalb in den kommenden Jahren in diese so wichtigen Bereiche investieren. Klar ist dabei aber auch: Die Politik kann den Fachkräftemangel nicht allein bewältigen. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft müssen Hand in Hand arbeiten. Diesen Dialog suchen und fördern wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zwei andere Themen bleiben im Jahresgutachten des Sachverständigenrates – gerade aus Sicht von uns Frauen - leider nahezu unerwähnt: Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier ist Kritik angebracht, denn beide Themen sind maßgeblich für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und sollten zukünftig im Jahresgutachten Beachtung finden.

Gleichstellung innerhalb unserer Wirtschaft ist - im Gegensatz zu Gleichstellung in anderen Bereichen - in erster Linie ein Frauenthema. Betrachten wir die Zusammensetzung der Führungsetagen und Aufsichtsräte der Unternehmen finden wir überwiegend Männer. In vielen Branchen, gerade in den Zukunftstechnologien, fehlen Frauen. Wir können auf die Frauen in Zukunft aber nicht verzichten. Frauenförderung ist nicht nur unter Gleichstellungsgesichtspunkten ein wichtiges Thema, sondern liegt auch im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Daher ist die „Bundesinitiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft“ zu begrüßen.

Des Weiteren kümmern wir uns um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist wichtig; denn wir können weder auf Kinder verzichten, noch auf ihre gut ausgebildeten Väter und Mütter. Damit junge Familien Familie und Beruf vereinbaren können, müssen wir junge Familien viel mehr unterstützen als bisher. Damit haben wir in der letzten Legislaturperiode begonnen und diesen Weg werden wir auch zukünftig verfolgen.

## Herausforderungen an eine ideologiefreie Verkehrspolitik

Von Daniela Raab, MdB

Die Verkehrspolitik steht in den nächsten vier Jahren vor großen Herausforderungen. Veraltete Autobahnen müssen dem Bedarf angepasst werden, der ländliche Raum braucht eine Weiterentwicklung, die Städte brauchen eine vernünftige Unterstützung für problematische Stadtviertel.

Eines der wichtigsten Themen ist für mich die ländliche Infrastruktur. Warum ist das so wichtig? Natürlich brauchen wir Metropolregionen. Aber wir müssen uns auch immer wieder bewusst machen, wie stark funktionierende Metropolregionen von einem funktionierenden ländlichen Umfeld abhängig sind.



Daniela Raab

Was passiert denn, wenn die Menschen im ländlichen Raum keine Arbeitsplätze vor Ort mehr finden, zum Beispiel, weil wir zwar Gewerbegebiete ansiedeln, diesen Gewerbegebieten aber keinen Anschluss an die dringend benötigten Datenautobahnen geben? Dann werden wir im ländlichen Raum keine Arbeitsplätze mehr haben. Die Firmen ziehen in die Stadt, die Menschen ziehen hinterher, und letztlich habe ich genau das, was ich verhindern wollte, nämlich den Verkehrsinfarkt in den Metropolregionen. Deswegen wird es wichtig sein, die Infrastruktur im ländlichen Raum auszubauen. Dazu gehört auch der Ausbau der Breitbandversorgung, denn die Datenautobahnen sind die Autobahnen der Zukunft.

Das zweite wichtige Thema ist der Lärmschutz. Ihn müssen wir künftig stärker beachten. Wir fordern gerade von den Anwohnern von Straßen und Schienen immer eine hohe Akzeptanz für Verkehr. Wir sagen immer: Das ist wichtig; wir brauchen Verkehrswege; wir müssen mobil sein. Diesen Anwohnern sind wir aber auch verdammt viel schuldig. Wir müssen ihnen endlich einen sehr, sehr vernünftigen und nachhaltigen Lärmschutz, und nicht nur den Standardlärmschutz, anbieten. Da müssen wir uns endlich einmal heranwagen und etwas mehr Geld für den Lärmschutz in die Hand nehmen.

Nachhaltiger Lärmschutz muss vielleicht auch ein Tunnel, eine Einhausung oder ein vernünftiger Verlustausfall sein. Nur wenn wir das machen, dürfen wir fordern, dass der Lärm, der von Straßen und insbesondere Schienen naturgemäß ausgeht, akzeptiert wird.

Zur Verantwortung des Verkehrsministeriums gehört auch das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“. In meinem Heimatwahlkreis Rosenheim erlebe ich selbst mit, welche positive Auswirkungen dieses Programm auf das Zusammenleben von Menschen aller Altersgruppen hat. Dank des Einsatzes von Quartiersmanagern gelingt es vorbildlich, ehrenamtliches Engagement zu fördern, Programme für Jugendliche aus problembeladenen Umfeldern zu entwickeln, das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen zu einem harmonischen Miteinander zu entwickeln. Der Bund hat die Finanzhilfen im neuen Haushaltsplan auf 125 Millionen Euro erhöht. 45 Millionen davon können für Modellvorhaben mit erweiterten Fördermöglichkeiten, insbesondere im Bereich der Jugend- und Bildungspolitik oder im Bereich der Integration, eingesetzt werden. Das ist ein positives Signal an unsere Kommunen, die gerade in diesen Zeiten solche Förderprogramme und Finanzhilfen gut gebrauchen können.

## Ministerin Köhler in der Gruppe der Frauen

Am 28. Januar 2010 war Bundesministerin Dr. Kristina Köhler in der Sitzung der Gruppe der Frauen, um über die Vorhabenplanung aus dem Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu berichten und benannte folgende Schwerpunktthemen:

- Ausbau der Kinderbetreuungsplätze
- Vereinbarkeit von Beruf und Pflege
- Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung
- Kinderschutzgesetz
- Jungenpolitik
- Extremismusbekämpfung



Ministerin Köhler mit dem Vorstand der Gruppe der Frauen

## Mädchen und Frauen vor Genitalverstümmelung schützen

Von Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB



Elisabeth Winkelmeier-Becker

Wir sehen es als Verpflichtung des Staates an, in Deutschland die gefährdeten Mädchen und Frauen vor diesem schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu schützen. Ein wesentlicher Ansatz muss es sein, Aufklärung voranzutreiben und darauf hinzuwirken, die Traditionen in den jeweiligen Ländern zu verändern. Neben diesen wichtigen außerstrafrechtlichen Maßnahmen und Hilfen sollte aber auch das Strafrecht mit einer eindeutigen und in der Höhe der Schwere der Tat entsprechende Strafdrohung zur Abschreckung herangezogen werden.

Im geltenden Recht ist die Genitalverstümmelung als Körperverletzung, in der Regel auch als gefährliche Körperverletzung (§ 224 StGB), nur in Ausnahmefällen jedoch als schwere Körperverletzung (§226 StGB), anzusehen. Eine eindeutige Benennung der Verstümmelung der weiblichen Genitalien als Straftatbestand, sieht das Gesetz bislang nicht vor. Bereits in der 16. WP wurde durch eine Änderung der Verjährungsvorschriften erreicht, dass betroffene Mädchen nach Eintritt der Volljährigkeit noch Gelegenheit haben, für eine strafrechtliche Verfolgung zu sorgen. Vorschläge, die Genitalverstümmelung ausdrücklich als schwere Körperverletzung unter § 226 StGB zu fassen, wurden jedoch fallen gelassen, da das Mindeststrafmaß von drei Jahren gegebenenfalls die Abschiebung des – häufig aus dem familiären Umfeld des Opfers stammenden – Täters zur Folge hätte und dies bei den Opfern zu Vorbehalten führen könnte.

Eine neue Gesetzesinitiative der Länder Baden-Württemberg und Hessen, greift diese Bedenken nun auf und schlägt einen eigenen Straftatbestand als § 226 a StGB vor, der einen flexibleren Strafraum ermöglicht und den Automatismus einer nachfolgenden Abschiebung durchbricht. Der Vorschlag verbindet ein im Adressatenkreis unmissverständliches Verbot dieser grausamen Praktik mit einer klaren Strafdrohung, die die Grundlage für eine wirksame Strafverfolgung schafft. Vor allem aber kann eine explizite strafrechtliche Regelung entscheidend zu der Bewusstseinsänderung in den beteiligten Kreisen beitragen, dass es sich bei FGM um eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung handelt, die in unserer Gesellschaft keineswegs toleriert werden kann. Die Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt daher die Initiative der Länder Baden-Württemberg und Hessen, für die sogenannte Genitalverstümmelung einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch - § 226a neu - einzuführen.

## Der neue Vorstand der Gruppe der Frauen



### Rita Pawelski, Vorsitzende

Geb. am 29.10.1948  
Gewählt über Landesliste Niedersachsen  
Mitglied des Dt. Bundestages seit der 15. Wahlperiode



### Katharina Landgraf

Geb. am 24.02.1954  
Direkt gewählt im Wahlkreis Leipzig-Land, Sachsen  
Mitglied des Dt. Bundestages in der 11. und seit der 16. Wahlperiode



### Nadine Müller

Geb. am 05.06.1983  
Direkt gewählt im Wahlkreis St. Wendel, Saarland  
Mitglied des Dt. Bundestages ab der 17. Wahlperiode



### Daniela Raab

Geb. am 07.07.1975  
Direkt gewählt im Wahlkreis Rosenheim, Bayern  
Mitglied des Dt. Bundestages seit der 15. Wahlperiode



### Elisabeth Winkelmeier-Becker

Geb. am 15.09.1962  
Direkt gewählt im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis I, Nordrhein-Westfalen  
Mitglied des Dt. Bundestages seit der 16. Wahlperiode

## Zitat des Monats

Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Köhler im Focus vom 25. Januar 2010:

„Entscheidungsfreiheit für Mütter gibt es nicht ohne Entscheidungsfreiheit für Väter. (...) Deshalb brauchen nicht nur Frauen, sondern auch Männer für ihre Erziehungsleistung mehr gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung.“

## - TERMINVORSCHAU - DER GDF-SITZUNGEN

**Dienstag, 23. Februar 2010, 19.00 Uhr:**  
Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Bundeskanzleramt

-----  
**Mittwoch, 3. März 2010, 18.00 Uhr:**  
Treffen mit Hauptstadtjournalistinnen und -journalisten zum Kennenlernen und Vernetzen (gemeinsame Einladung mit der Bundesvorsitzenden der Frauen Union)

-----  
**Donnerstag, 18. März 2010, und Donnerstag, 25. März 2010, 13.15 Uhr:**  
Themenschwerpunkt Betreuungsgeld

## IMPRESSUM

Herausgeber  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Rita Pawelski MdB  
Redaktion: Miriam Rado (verantw.)  
Telefon (030) 227 58957  
Telefax (030) 227 56093  
E-Mail: GruppederFrauen@cducsu.de  
www.cducsu.de/gdf